

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

23.11.1847 (No. 321)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 25. November.

1847.

N. 321.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzahlung: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Amtliche Nachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 19. d. M. allergnädigst bewogen gefunden, den Amtsrevisor Link von Gerlachshausen nach Oberkirch, und den Amtsrevisor Lynker von Bonndorf nach Ettlenheim zu versetzen; den Amtsrevisors-Verwalter Kiffel zum Amtsrevisor in Baden, den Amtsrevisors-Verwalter Wiegler in Oberkirch zum Amtsrevisor in Bonndorf, und den Amtsrevisors-Verwalter Grimm zum Amtsrevisor in Säckingen zu ernennen; die Stelle eines zweiten Vorstehers beim neuen Männer-Zuchthaus in Bruchsal dem Zuchthaus-Buchhalter Arnold in Mannheim zu übertragen; den Expeditor Ringer bei dem evangelischen Oberkirchenrath zum Buchhalter bei der Strafanstalt Freiburg, und den Hospitalverwalter Georg Jakob Fleig in Freiburg zum Buchhalter bei der Strafanstalt Mannheim, Beide in provisorischer Eigenschaft, zu ernennen; dem Lyzeumslehrer Nees zu Konstanz und dem Lyzeumslehrer Föhlich zu Wertheim den Charakter als Professor zu ertheilen; der durch Präsentation der fürstlich fürstbergischen Ständeherrschaft erfolgten Verleihung der an dem Gymnasium in Donaueschingen erledigten Lehrstelle an den derzeitigen Vorstand der höhern Bürgerschule zu Buchen, Franz Abele, die allerhöchste Genehmigung zu ertheilen; so wie die evangelische Pfarrei Nimbura, Defanats Emmendingen, dem Pfarrer Gebhardt in Nupheim zu übertragen.

Karlsruhe, 22. November.

Das großherzogl. Regierungsblatt Nr. 46, vom Heutigen, enthält das von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog durch Entschließung aus großh. Staatsministerium vom 5. Nov., Nr. 2226, genehmigte Statut für die Siechenanstalt zu Pforzheim, 49 §§. umfassend.

Uebersicht.

Gestaltungen des eidgenössischen Bürgerkriegs.
Deutschland. Mannheim (Abzug und Rath; das Hofgericht des Mittelrheins erkennt Kriminaluntersuchung gegen Hecker, Eller, und v. Struve). Philippshausen (die Wahlmänner und die Kundschau). Durlach (Fruchtmarkt). Pforzheim (Dennig wieder erwählt). Mastatt (Beratung der Wahlmänner). Aus dem Breisgau (Gefreiter's Vorlesung). Smitzart (Sammlung für Befehl). Lützingen (Mordthat). Bon der Notum (die Herrschaft Roth). Aus Bayern (Kantmerbeschlüsse über das Ansehen). Frankfurt (der Kurfürst von Hessen). Hamburg (Verbot, für Befehl zu sammeln; die Handelskammer). Berlin (Gerichte von einem Kongress in Betreff der Schweiz; Dieffenbachs Leichnam). Von der Spree (die historische Literatur in Frankreich und in Deutschland; Mendelssohn als Morde name). Tilsit (die Untersuchungskommission wegen der Werbungen für Rußland). Prag (Oberjensurbehörde).
Oesterreichische Monarchie. Pesth (nicht deutsch, aber lauterwelsch; ein Pressegesetz).
Schweiz. Bern (Erzesse in Freiburg; ein Bericht an den Vorort). Freiburg (strenge Befehle zum Schutz des Eigenthums und der Personen; Klagen über Raub und Plünderung; ein Kaplan todt gefunden). Zürich (die Taktik Dufour's; Kriegslohn; ein Ausfall der Jäger und Schwytzer). Aus der Schweiz (Näheres über die Erzesse; Vordringen der Uner in Tessin; Gerücht, daß der Angriff auf Luzern begonnen habe; die Regierung von Tessin erklärt sich permanent; einige Berner Bataillone aufgelöst).
Spanien. Madrid (Eröffnung der Cortes).
Frankreich. Paris (die Bande Düberr; Napoleons Dolmetscher; eine Subskription für den Sonderbund; Verhaftungen in Bordeaux).

Gestaltungen des eidgenössischen Bürgerkriegs.

Ueber die gegenwärtige Lage der Dinge und die Stimmung der Gemüther schreibt uns einer unserer schweizerischen Korrespondenten Folgendes:

Die Einnahme von Freiburg hat bei uns beide Parteien überrascht. Die eine wie die andere rechnete darauf, daß die eingefallenen Truppen einen hartnäckigen, wenn auch erfolglosen Widerstand finden würden; nun schämen sich diese, daß nach so vielen todesmüthigen Gelübden und Schwüren, so großen Zurüstungen, so vielem fanatischen Lärm, eine so erbärmliche Uebergabe erfolgt ist, die Andern aber können jetzt nicht einmal ihren Heldenmuth ausposaunen, und die Waadtländer nicht in angeborener Weise renommiren.

Freiburgs Fall hat die Hoffnungen des Sonderbundes vollends erschüttert, zumal alle Versuche gegen den Argwohn, welche während dieser Zeit unternommen wurden, keinen wesentlichen Erfolg hatten, so gut sie auch kombiniert waren. Dazu kommt die Erschöpfung des Kantons Luzern, und nicht besser steht das kleine Zug da; es mangelt an Geld und Brod, Weiber und Kinder jammern, und die Männer, die gerne sechten möchten, haben alle Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang verloren. Argwohn und Verrath lauern allenthalben, und bedrohen besonders die Anführer; wenn die Volkswuth in Luzern keine Opfer ergreift, so mögen sich Nothe und Schwärze (die politischen Parteiennamen in Luzern, die sich mehr und mehr über die Schweiz verbreiten) Glück

wünschen; denn dieses Ungeheuer ist blind, und hat sich in der innern Schweiz schon mehr als einmal eingefunden.

Diesen Gang der Dinge haben Wenige erwartet; die Führer des Sonderbunds mit ihrem Volke ganz und gar nicht. Statt eines radikalen Generals wählte man einen bedächtlichen, dem Radikalismus abholden; selbst die Kommandanten der einzelnen Divisionen und Brigaden, welche die wichtigsten Operationen übernehmen sollen, sind in bedeutender Mehrzahl des gleichen politischen Glaubensbekenntnisses, wie Dufour. Der Sonderbund erwartete einen raschen, allseitigen, von ungestümmen Offizieren geleiteten Angriff; statt dessen wird nun mit großem Bedacht zuerst Freiburg genommen, und dann eine nie erwartete Uebermacht auf den Kanton Luzern geworfen. Eben so sind die Hoffnungen auf die Unerichtigkeit und Insubordination der Gegner zu nichte geworden; alle Schilderhebungen, auf die gerechnet wurde, sind mißlungen; von Seite des Auslandes ist es bei Worten geblieben; also steht Luzern mit seinen vier demokratischen Nachbarn auf sich allein beschränkt, einem viermal stärkeren, besser gerüsteten Feinde gegenüber. Dieser hoffnungslose Zustand wirkt lähmend und entmuthigend; Luzern wird fallen, wie Freiburg, wenn auch nach ernsthafteren Gefechten, und wie in Freiburg bereits eine provisorische Regierung waltet, und von der Division Milliet gedeckt wird, so wird auch Sigwart-Müller's Siz bald von einem seiner Gegner eingenommen seyn, und Luzern mit Freiburg unter den Hütigen der Tagungsversammlung reorganisiert und in das verlassen radikale Lager zurückgeführt werden. Von den andern Kantonen ist auch Zug und Wallis herüber zu bringen; hingegen Uri, Schwyz, und Unterwalden können wohl zur Nachgiebigkeit, niemals aber zum Radikalismus genöthigt werden.

Jetzt wird neben der Frage des Krieges bereits die der „Strafe“ verhandelt; sollen die Häupter der „rebellischen“ Kantone strafflos ausgehen? Sollen Müller-Sigwart, Bernh. Meyer, Journer u., welche, als sie die Oberhand hatten, ihre unterlegenen Gegner so systematisch zu Grunde richteten oder zu Grunde richten wollten, nur durch ihren politischen Sturz büßen? Wird aber an diesen Rache geübt, so können auch die Landammänner in Zug, Schwyz, Uri, und Unterwalden, die Regierungsräthe in Wallis nicht „strafflos“ ausgehen. Wie steht es endlich mit den Kriegskosten? Der Sonderbund ist ohnehin arm, und durch die neuesten Ereignisse schrecklich erschöpft; wie soll er die Millionen aufbringen? Ohne „Strafe“ geht es nicht ab; der Terrorismus, den Sigwart und Ammann in Luzern und Journer in Freiburg ausgeübt haben, wirkt nun auf sie zurück; doch darf man wohl erwarten, die „Strafe“ werde nicht so hart ausfallen, daß die betroffenen Kantone zu Grunde gerichtet werden. Die Leute in Europa, welche sich so gar sehr vor den Jesuiten fürchten, mögen nun getroßt aufathmen; denn die Tagung wird alle diese Klapphüte fortweisen und den Schweizerboden von ihnen säubern.

Der Neuenburger „Constitutionnel“ bringt nähere Aufschlüsse über die Vorgänge, welche zu der Kapitulation von Freiburg führten. Unter Anderem sagt er:

Die regulirten Truppen beliefen sich auf 5115 Mann mit Zubehör der Spezialwaffen; der Landsturm zählte 5-7000 Mann, wovon höchstens ein Drittel mit Flinten, die übrigen mit Schlag- und Stichwaffen versehen waren.

Der Oberbefehlshaber hatte auf den verschiedenen Punkten, wo er angegriffen werden konnte, Schanzen errichten lassen; die ausgebehteste Vertheidigungslinie war die gegen den Kanton Waadt; in der Länge von ungefähr 3 Viertelstunden war sie durch drei, durch Verhaue gedeckte Schanzen unterstüzt. Die Gefahr war, daß die Linie auf irgend einem Punkt durchbrochen werden konnte; man mußte sie eben alle so gut als möglich behaupten. Von dieser Linie durch die ganze Stadt, den Fluß, und die große Brücke getrennt, und eine Viertelstunde von letzterer entfernt, war eine Position, welche bestimmt war, den von Bern über Laupen und Neuened kommenden Truppen die Stirne zu bieten. Gegen Süden und auf den Höhen jenseits Bürglen war links eine Position gegen die von Guggisberg kommenden Truppen, rechts eine gegen die Truppen, welche das rechte Saaneufer aufwärts bis nach Marly vordringen konnten. Der Oberbefehlshaber hatte 3 1/2 Bataillone in die erste, 2 Bataillone in die zweite dieser Positionen verlegt; die beiden andern waren ausschließlich durch Landsturm bewacht.

Das Artilleriematerial bestand aus 31 Kanonen, nämlich 2 Batterien Sechspfünder, 4 Stücken Achtspfünder, 6 Vierundzwanzigspfünder-Haubizen, 1 Zwölfpfünder-Haubizen, 11 Vierpfünder, 1 Zweispfünder, und 2 Mörfern.

Kontingent und Landwehr waren seit einiger Zeit einberufen; falsche Berichte veranlaßten am 9. November auch die Einberufung des Landsturms. Die Positionen wurden besetzt, und blieben es bis zur Kapitulation. Die Regierung war ohne Nachrichten von außen. Der Oberbefehlshaber wollte in seiner Stellung einen Angriff erwarten; er konnte keine Ausfälle machen, weil er zu wenig geregelte Truppen und nur zwei bewegliche Batterien hatte; auch waren die

zwei Landwehr-Artilleriecompagnien für den Aktiendienst so wenig genügend, daß man sie durch Freiwillige aus der Infanterie und der Stadtwache ergänzen mußte.

Am Freitag schien der Angriff beginnen zu sollen. Die Vorhut der Feinde schien auf der Straße von Peterlingen (Payerne) anrücken zu wollen; die Sechspfünderbatterie von Chassote Bossi gab einige Kanonenschüsse, und es hatte weiter keine Folgen. Samstags den 13. brachte ein Parlamentär Vergleichsvorschläge an die Regierung. Der Staatsrath befragte die Befehlshaber der verschiedenen Positionen und Waffengattungen; die Meinungen waren getheilt. Aber die meisten und unter ihnen der Oberbefehlshaber erklärten, daß, wenn Luzern und die kleinen Kantone einerseits und Wallis anderseits eine Bewegung zum Entsaße Freiburgs versuchten, man sich behaupten könne; da aber aus Allem hervorgehe, daß dem nicht so sey, indem der Feind 20- bis 25000 Mann und 60 Feuerschlünde allein gegen Freiburg führen könne, so wäre es klug, es nicht bis zu dem Punkt kommen zu lassen, wo man ohne Rettung überwältigt würde; jedenfalls sollte man einen Waffenstillstand bis morgen abschließen, um Zeit zu gewinnen, und eine Unterhandlung auf vernünftigen Grundlagen anzubahnen. Es gab Verzögerungen, und auf den falschen Bericht vom Vorrücken des Feindes wurde die Sitzung ohne Schlußnahmen aufgehoben; doch wurde der Waffenstillstand geschlossen.

Abends zeigten die Vorposten an, die äußerste Linke der Linie scheine bei dem Walde Daillettes bedroht. Es war ein Theil der Division Milliet, deren Führer keine offizielle Anzeige des Waffenstillstandes empfangen zu haben behauptete, und seine Position ausdehnen wollte. Gegenseitige Parlamentäre bestritten diese Behauptung; es kam zu Feindenschüssen, und das Treffen wurde auf dieser Linie eröffnet. Der Oberbefehlshaber ließ sie durch Truppen unterstützen, die zwischen dem Fort Vertigny und dem Fort Singel aufgestellt waren, deren ersteres ein lebhaftes Feuer gab, wovon die waadtländischen Truppen stark litten. Der Posten von Daillettes, bestehend aus einem halben Bataillon Landwehr und 800 Mann Landsturm, war gewichen, und hatte sich in Unordnung bis zur Stadt zurückgezogen. Der Feind bemächtigte sich der Position, und das Feuer hörte auf; die andern Positionen waren nicht beunruhigt worden.

Sonntags den 14. Morgens erwartete man einen allgemeinen Angriff, und war bereit, ihn zu empfangen, als ein Befehl des Staatsraths jede Feindseligkeit untersagte, wegen angebahnter Unterhandlung. Diese Nachricht war von auflösender Wirkung; der Landsturm, der nach Genöthigkeit schon in die Stadt gegangen war, um etwas Warmes einzunehmen, verließ seine Stellungen, wäre aber ohne Zweifel zurückgekehrt, wenn das Feuer begonnen hätte. Endlich wurde im Laufe des Morgens die Kapitulation abgeschlossen, und Alles war zu Ende.

Die nächsten Ursachen der Katastrophe sind daher folgende: 1) Die Unmöglichkeit, Berichte von seinen Bundesgenossen zu erhalten, und die Schwierigkeit, wegen des Nebels genaue Angaben von der Stellung des Feindes zu haben. 2) Die voreilige Einberufung des Landsturms, der mehrere Tage und Nächte bivouakiren mußte, während man sonst Truppen dieser Art nur für augenblickliche Dienstleistung brauchen kann. 3) Die ungeheure Ueberlegenheit der feindlichen Macht, besonders in Artillerie, welche den freiburgischen Truppen nicht gestattete, ihre Linien zu verlassen. Uebrigens hat der Oberbefehlshaber die Kapitulation weder abgeschlossen noch unterzeichnet. Am Samstag Abends nach dem Treffen von Vertigny ersattete er persönlich dem Staatsrath Bericht, und kehrte sofort zu seinen Truppen zurück, wo er die Nacht zubrachte, ohne von der Absendung von Kommissarien nach dem eidgenössischen Hauptquartier Etwas zu wissen. Erst am folgenden Morgen um halb 8 oder 8 Uhr empfing er den Befehl, jede Feindseligkeit zu verhindern, weil Unterhandlungen angebahnt seyen.

Nach der Allgemeinen Zeitung schätzte man sich bei dem Marsche gegen Freiburg vor den Minen dadurch, daß man die Weiber und Kinder aus den benachbarten Dörfern vor den Truppen herziehen ließ, und so die sich zurückziehenden Freiburger verhinderte, die Minen springen zu lassen.

Die Berner Zeitung meldet nun: „Die eidgenössischen Truppen haben beim Einrücken in den Kanton Luzern beschlossen, daß sie beim Durchpaß über die von den Sonderbündlern angelegten Minen die luzernischen Frauen und Kinder, die in den Dörfern zurückgeblieben sind, als sicheres Geleite voran über die Minen schicken werden.“

Dagegen nannte es die Züricher Zeitung eine „Schamlosigkeit“, daß die Freiburger sich durch Minen hatten vertheidigen wollen, und der Aarauer Schweizerbote beginnt einen seiner Kriegsberichte mit den Worten: „Am 12. November, Mittags gleich nach 12 Uhr, wurde Menziken unerwartet, ohne irgend gegebene Veranlassung, eigentlich menschlungs, von den Luzernern durch Artillerie, Schützen, Infanterie, und Landsturm überfallen.“

Die Basler Zeitung ihrerseits hofft, die Behauptung, daß man beim Anrücken auf die freiburgischen Schanzen freiburgische Frauen und Kinder vorausgetrieben habe, werde

sich als verleumderisch erweisen. „Nein“, sagt sie, „wir sprechen das Vertrauen aus, der entschiedene Fortschritt hat uns noch nicht bis zu den Barbaren der lombardischen Kriege unter Barbarossa zurückgeführt!“

Deutschland.

Mannheim, 19. Nov. Die hiesige Abendzeitung vom heutigen bringt über die Abegg-Mathy'sche Angelegenheit eine sogenannte Berichtigung der Korrespondenz der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung, welche Berichtigung aber nichts Anderes als eine Entstellung der Wahrheit ist. Der Artikel in Nr. 74 der Rundschau, welcher von Hrn. Mathy in der irrigen Unterstellung gegen Abegg geschrieben wurde, als sey dieser der Verfasser des im Morgenblatt erschienenen Artikels: „der Mörder des seligen Morgenblattes“ enthält unverkennbar den Charakter einer Beleidigung. Mathy, von Abegg zur Rede gestellt, wollte Anfangs nur vom Austrage der Sache vor dem Richter oder in den Zeitungen wissen. Endlich aber, nach längerer Beredung, versprach er, entweder eine Abegg zufrieden stellende Erklärung zu geben, oder sich mit ihm zu schlagen. Abegg bot ihm bei dieser Beredung auf Discretion hin, damit Dritte, die darin genannt seyen, in keine Unannehmlichkeiten gerathen, sogar seine Papiere über die 1845er Ueberlinger Wahl zur Einsicht an, damit er allen Aufschluß habe, den Abegg nur geben könne, um sich zu überzeugen, wie Unrecht er ihm gethan, — wie viel Grund vorliege, das Unrecht gut zu machen.

Mathy erklärte nach genommener Einsicht der Briefe auch unverhohlen gegen Abegg, daß er nunmehr wirklich im Zweifel sey, ob ihm (A.) Etwas zur Last liege, daß er darum auch über diese Wahlsache Nichts mehr gegen ihn schreiben werde, allein zu einer öffentlichen Erklärung sich nicht entschließen könne, weil zwei beeidigte Zeugen den Inhalt des angeblich von Abegg herrührenden Briefes anders beschworen, und der Brief selber nicht mehr vorhanden sey. Abegg erwiderte, daß er, im festen Gefühle, in der Ueberlinger Wahl kein Unrecht auf sich geladen zu haben, wofür auch die Papiere zeugten und der Umstand spräche, daß er ausdrücklich Ullersbergers Beeidigung über den Inhalt der Korrespondenz verlangt habe*), und da Alles, was in Ueberlingen vorgegangen seyn möge, ja seine Verantwortung gar nicht ergreife, mit dieser mündlichen Erklärung Mathy's auf die beleidigenden Anspielungen der Rundschau sich nicht begnügen könne, daß er also Hrn. Mathy, wenn dieser von seinem Entschlusse nicht abzugehen vermöge, die weitere Mittheilung in anderer Weise machen werde.

Abegg schrieb nun an Mathy, ihm schriftlich eine Erklärung zu stellen. Mathy's Antwort fiel ausweichend aus. Abegg übersandte ihm alsdann durch einen geachteten Mann eine schriftliche Erklärung, um sie zu unterzeichnen und so die Streitigkeit abzuhängen. In dieser Erklärung war verlangt, daß Mathy sage, er habe durch die beleidigende Anspielung in der Rundschau Abegg Unrecht gethan, und bitte ihn deshalb um Entschuldigung. Mathy weigerte die Unterzeichnung, und doch werden Unbefangene zugeben, daß Dies von ihm, ohne sich Etwas zu vergeben, hätte geschehen können, indem man bei der Ansicht der Zweifelhaftheit über die Belastung eines Mannes denselben deshalb nicht beleidigen darf.

Nachdem nun alle andern Mittel erschöpft waren, ließ Abegg den Hrn. Mathy auf fünf Schritte Barriere auf Pistolen fordern. Hr. Mathy verlangte Bedenkzeit, um mit seinen Freunden darüber erst Rücksprache zu nehmen. Nach einigen Tagen schrieb er, daß er nach dem einstimmigen Urtheile seiner Freunde, welche erklärt hätten, die Stelle der Rundschau enthalte keine Beleidigung gegen Abegg, die Forderung nicht annehmen werde. Abegg ließ ihm nun nochmals eine Zuschrift übergeben, worin er ihn an das unbedingt gegebene Wort erinnerte, sich zu schlagen, wenn er ihm keine zufrieden stellende Erklärung geben wolle. Vergänglich; nach zwei Tagen erfolgte von Hrn. Mathy abermals eine Ablehnung des Duells.

Regierungsrath Abegg handelte in der Angelegenheit keineswegs darum so, wie die Abendzeitung sagt, weil er sich um eine Deputirtenstelle bewerbe, und die Geschichte mit dem Ueberlinger Briefe in ein besseres Licht setzen wolle; denn es werden Abegg nirgends Schritte zur Bewerbung um eine Deputirtenstelle für den bevorstehenden Landtag nachgewiesen werden können. Der Anlaß lag lediglich in dem beleidigenden Artikel der Rundschau und im Bewußtseyn, daß er sich bei seiner Ueberlinger Wahl kein Unrecht habe zu Schulden kommen lassen.

Es wäre wirklich mehr als seltsam, wenn der bei der Ueberlinger Wahl besprochene Brief, welcher laut der geführten Untersuchung nirgends zur Einwirkung auf die Urwähler oder Wahlmänner benützt wurde, dessen Inhalt nur von zwei der radikalen Partei angehörigen Zeugen in der Art beschworen wurde, wie er der Kammer vorgelegt worden, während der Empfänger, Stadtrechner Ullersberger, früher und jetzt es jederzeit eidlich erhärten wird, daß kein Brief Abegg's unerlaubte Versprechungen enthalten habe, allein im Stande gewesen wäre, die Wahl zu Abegg's Gunsten zu leiten. Das glaubt kein verständiger Mensch, und die Stadt Ueberlingen hat bei der folgenden Wahl auch die gehörige Antwort darauf gegeben. Sie erwählte dieselben Wahlmänner wieder, welche Abegg zum Deputirten gewählt hatten, und diese boten Abegg die Deputirtenstelle wieder an. Die Gründe, weshalb die Opposition Abegg's Wahl beanstandete, kennt man recht gut; der Brief mußte nur den Anlaß bieten. Wäre Abegg bei den Radikalen, so hätte der Brief ihm nicht geschadet. Der Schluß des Artikels der Abendzeitung, daß Abegg inzwischen zum Hofdomänenrath befördert worden sey, ist kindisch; denn es fand nur dessen Verlegung, keineswegs aber eine Beförderung für ihn statt.

*) Niemand wäre es lieber gewesen, als Abegg selber, wenn die Zeugen, die gegen ihn aussagten, den Brief behalten und dann vorgelegt hätten. Dadurch allein wäre Klarheit geworden. A. v. Kort.

Mannheim, 20. Nov. (M. M. Bl.) Dem Vernehmen nach hat das große Hofgericht des Mittelrheinkreises zu Bruchsal auf Vorlage der Untersuchungsakten in Betreff der bekannten Versammlung in Offenburg (am 12. September d. J.) erkannt: „Es sey Grund zur Einleitung einer Kriminaluntersuchung gegen die H. Dr. Eller, Dr. Hecker, und v. Struve vorhanden, und habe dieselbe sogleich zu beginnen.“

Philippshaus, 19. Nov. (M. M. Bl.) Die konservativen Wahlmänner des 31. Wahlbezirks haben der Redaktion der Rundschau folgende Berichtigung übersendet: „In Nr. 92 Ihres Blattes ist unter andern Bahlnachrichten auch folgende enthalten:

Eine beabsichtigte Versammlung (der Wahlmänner des Bezirks Philippshaus-Schwefingen) wurde durch den Amtsvorstand in Philippshaus vereitelt, der auf die Nachricht davon seine Wahlmänner in Kirchbach versammelte, und ihnen beim Champagner die Wiederwahlung des bisherigen Abgeordneten, Regierungsdirektor Rettig, empfahl.

Dieser Bericht ist Wort für Wort unwahr, und zweifeln wir deshalb nicht, daß die Redaktion der Rundschau zur Steuer der Wahrheit diese Erklärung ebenfalls aufnehmen werde. (Folgen die Unterschriften.)

Durlach, 20. Nov. (Fruchtmarkt.) Vom vorigen Markte blieben aufgestellt 88 Mtr.; eingeführt wurden 426 Mtr.; Summe des Vorraths: 514. Davon wurden verkauft 420 Mtr.; blieben aufgestellt: 94. Durchschnittspreise vom Walter: Weizen 14 fl. 21 kr.; Kernen 14 fl. 5 kr.; Gerste 8 fl.; Haber 4 fl. 56 kr.

Wörzheim, 20. Nov. Bei der heute vorgenommenen Abgeordnetenwahl wurde Hr. Dennig, trotz der Mißhandlungen, die er in radikalen Blättern erfahren, einstimmig wieder gewählt. Es waren nämlich 32 Wähler, und davon erhielt Dennig 31 Stimmen; nur eine (seine eigene) fiel auf einen Andern (Handelsmann Friedrich Siegle).

Nastatt, 21. Nov. Die Wahlmänner hiesiger Stadt haben sich gestern zu einer Vorberatung versammelt, um sich über einen oder den andern der in Vorschlag gekommenen Kandidaten zu vereinigen. Diese von Hrn. Bürgermeister Müller geleitete Besprechung hat, wie wir vernehmen, bei der Mehrheit der Wahlmänner die Ueberzeugung festgestellt, daß man einen hiesigen Bürger als Vertreter unserer Stadt in die Kammer schicken müsse.

Ueber die Person des zu Wählenden scheint man sich so dann um so leichter vereinigt zu haben, als der in Antrag gebrachte Bürger ein eben so ehrenwerther und einsichtsvoller, als unabhängiger Mann ist, der, allen Uebertreibungen abhold, jeder Maßregel gerne bestimmen wird, welche zum wahrhaften (nicht eingebildeten) Wohle des Staats und Volkes dienen kann. Durch diese Vorberatung zerfallen denn auch alle jene Anschuldigungen und Verdächtigungen wegen Betterschaftswahlen u. dgl. in sich selbst.

Aus dem Breisgau, 18. Nov. (Südb. J.) Letzten Dienstag hat Professor Schröder seine Vorlesungen über die Geschichte des 18. Jahrhunderts bei sehr zahlreichem Auditorium mit einem sehr interessanten Vortrag eröffnet. (Folgt ein längerer Auszug aus dem Gedankengange desselben.)

Alle Zuhörer waren über diesen Vortrag begeistert, und sehen mit größtem Interesse dem Verlauf der weiteren Vorlesungen entgegen. Mögen radikale Blätter lärmern und schreien, wie sie wollen: Schröder vereint alle Vorzüge eines Historikers und Lehrers in sich. Seine Persönlichkeit können auch nur solche Organe angreifen, die ja keinen Ehrenmann, der nicht ihren Prinzipien huldigt, unangegriffen lassen. Genug hiervon! Schröder wird in gutem Geiste fortwirken, und die Liebe seiner Schüler, die nur mit größter Achtung und Ehrerbietung von ihm reden, mag ihm ein freudiger Ersatz hierfür seyn.

Stuttgart. (Schwäb. M.) Die Zeitungen berichten täglich aus den verschiedensten Theilen Deutschlands, daß Sammlungen für Veseler ins Werk gesetzt werden. Wie wir hören, wird eine solche gemeinschaftlich für Stuttgart und die übrigen Städte Württembergs unternommen werden; die Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange. Die Lieberkränze von Stuttgart und Eßlingen haben beschlossen, diese Sammlung durch öffentliche Aufführungen zu gleichem Zwecke zu unterstützen.

Tübingen, 18. Nov. (Südb. vol. J.) Es erregt fürwahr in dem denkenden Menschenfreunde ein tiefes Schmerzgefühl, wenn er die vielen betrübenden Zeichen der Zeit, wovon neuerdings die öffentlichen Blätter fortwährend berichten, nämlich die Reihe von Mordanschlägen, Räubereien, Brandstiftungen u. dgl. So eben erfahre ich, man habe heute früh in dem zum hiesigen Bezirk gehörigen Orte Gönningen den Polizeidiener vor der Wirthshaus-Thüre ermordet gefunden. Der Oberamtsarzt hat sich alsbald mit dem Oberamtsrichter nach dem Orte der That verfügt.

Von der Nottun, 18. Nov. (Ulm. Chron.) Ein deutsch-katholisches Völkchen-Blatt in Ulm hat zur Vermehrung der radikalen Nahrung nochmals die absurde Nachricht in die Welt hineingeschrieben, als ob die Gesellschaft Jesu dennoch im Begriff gestanden wäre, die Standesherrschaft Münchroth anzukaufen, damit der Orden gerade in jenen Gegenden einen festen Stations- und Operationspunkt erhalte. Blätter, welchen es gleichfalls mehr um ein Hallo, als um die Wahrheit zu thun ist, haben diese Notiz weiter ausposaunt, obwohl Noth unter württembergischem Jopier steht, das gar keinen klösterlichen Orden und am allerwenigsten den des h. Ignatius in seinem Gebiete duldet.

Aus Bayern, 20. Nov. Die Frage über das Eisenbahn-Anlehen hat endlich nach langwierigen und ermüdenden Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten ihre Lösung gefunden. Die Kammer hat demgemäß vor Allem den in den Ausschusshandlungen ausgesprochenen Grundsatz, daß vorerst nur auf die zwei nächstkommenden Jahre Vorzüge getroffen werden sollt, festgehalten. Die Regierung wird demnach

ermächtigt, ein Anlehen von 10 1/2 Million Gulden im vollen Nominalwerthe zu 4prozentiger Verzinsung aufzunehmen, und es ist ihr für den Fall, daß Dieses nicht gelingen sollte, freigestellt, verzinste Kassenanweisungen bis zum Betrag von 6 Millionen auszugeben, oder ein Anleiheanlehen zu 4% zu beschaffen, in welchem Falle die Gesamtsumme auf 12 Millionen erhöht wird, wovon 3 1/2 Millionen nöthigenfalls auch unter dem Nominalwerthe aufgenommen werden dürfen.

Vergleicht man damit den ursprünglichen Gesetzentwurf, wie ihn die Regierung in die Kammer brachte, und die Erklärungen, welche die Minister in den Ausschüssen und in den Kammeritzungen abgaben, so ergeben sich zwischen den Beschlüssen der Stände und den Ansichten, welche die Regierung als maßgebend bezeichnet, folgende wesentliche Abweichungen: Das Ministerium verlangt die Ermächtigung zur Aufnahme des gesammten für den Eisenbahn-Bau noch verfügbaren Betrags von einigen 30 Millionen. Die Kammer verwirft diesen Antrag, und setzt die aufzunehmende Summe vorläufig auf 10 bis 12 Millionen fest. Das Ministerium verlangt einen unbeschränkten Kredit und volle Freiheit bezüglich der Bedingungen, unter denen das Anlehen aufgebracht werden solle. Die Kammer setzt nicht nur den Zinsfuß und die Art der Aufbringung fest, sondern sie bestimmt auch, daß nur im äußersten Fall bei einem Drittel der Gesamtsumme die Aufnahme unter dem Nominalwerthe geschehen dürfe. Von dem ursprünglichen Regierungsentwurfe findet sich in den Kammerbeschlüssen kaum eine Spur mehr. Da der Ministerverweiser der Finanzen mehrfach die Erklärung abgegeben hat, daß derartige Beschränkungen, wodurch die Rechte der Krone verlegt wären, niemals die Zustimmung der Regierung erlangen würden, so ist man sehr begierig, welchen Weg die Verwaltung einschlagen wird. Nach den Erklärungen, welche in den letzten Tagen vom Ministerium gegeben wurden, sieht fast zu fürchten, daß die Einstellung oder der langsamere Betrieb der Bauten die Folge dieses Zwiespaltes seyn wird.

Wie man sagt, hatte Hr. v. Nothschild Anerbietungen gemacht, für den Fall, daß die ganze Summe bewilligt worden wäre, einen großen Theil derselben herbeizuschaffen.

Der zweite Ausschuss hat dieser Tage bezüglich des früher erwähnten Antrags des Hrn. v. Schäßler einstimmig beschlossen, „daß die Regierung veranlassen wolle, daß zur Erzielung einer gründlichen Revision des gegenwärtigen Zolltarifs der nächstjährige Zollkongress unter Zuziehung von Sachverständigen stattfinden“. Dieser Antrag wird in den nächsten Tagen in der Kammer zur Berathung gelangen, und, wie man hofft, auch noch in der Kammer der Reichsräthe zur Erlangung eines ständischen Gesamtbeschlusses erledigt werden können.

Frankfurt, 20. Nov. Der Kurfürst von Hessen, welcher seit einigen Tagen an fatarrhialischen Zuständen litt, in deren Folge sich Brustbeklemmungen eingestellt hatten, ist diesen Mittags um 12 Uhr verstorben. Er. Kön. Hoh. hatte noch heute früh das Bett verlassen, und ist überhaupt keiner langwierigen und schmerzlichen Krankheit erlegen. Noch vor ungefähr acht Tagen hatte der Kurfürst seine gewöhnliche Spaziergänge unternommen, und noch egestern hatte er sich mit Malen beschäftigt, — eine Kunst, die er mit großem Eifer als Unterhaltung betrieb.

Hamburg, 15. Nov. (Rhein. Beob.) Ein Aufruf zu einer Geldsammlung für Veseler wurde früher von der Zensur beanstandet, da öffentliche Sammlungen für Privatpersonen nur mit höherer Erlaubnis vorgenommen werden dürfen; der Senat hat jetzt auch die völlige Genehmigung verweigert.

Die Geldkrise ist noch nicht zu Ende, und die Fallimente fangen wieder an, sich zu mehren, obgleich die Monate November und Dezember sonst diejenigen sind, wo sich die kleinsten Leute erhalten, um den Weihnachtsmarkt noch mitzunehmen, der Vielen wieder auf die Beine hilft.

Berlin, 17. Nov. (Rhein. Beob.) Es ist bereits gemeldet worden, daß der General v. Radowicz, Gesandter Preußens in Karlsruhe und Militärbevollmächtigter beim Deutschen Bunde, den Auftrag erhalten hat, nach Berlin zu kommen. Er ist hierher selbst angekommen, und demnächst mit dem Minister des Aeußern in Berathung getreten, welche sich auf die in der Schweizer Angelegenheit zu ergreifenden Maßregeln bezieht. Es heißt, daß die Großmächte, auf Frankreichs Vorschlag, beabsichtigen, zu Freiburg im Breisgau oder in Baden-Baden einen Kongress abzuhalten. Die 22 Kantone sollen einzeln von den Großmächten eingeladen werden, die Feindseligkeiten einzustellen, und zu dem beregten Kongresse Deputirte zu senden, die in Gemeinschaft mit den Kommissarien der Großmächte die politische Seite der Schweizerfrage erörtern und regeln sollen. Die religiöse Frage soll, nach der Ansicht des Hrn. Guizot, dem Papste allein zur Schlichtung überwiesen werden. Hr. v. Radowicz soll zum Bevollmächtigten Preußens auf diesem Kongresse bestimmt seyn. Im Falle die Schweiz nicht zu bewegen sey, auf die Propositionen der Großmächte einzugehen, würden dieselben andere Maßregeln ergreifen, um den Gefahren vorzubeugen, welche ein Sieg und Ueberzweigen der radikalen Partei in der Schweiz für die angrenzenden Staaten hervorrufen könnte.

Berlin, 18. Nov. (Fr. D. V. A. J.) Dem Vernehmen nach soll die Leiche des Professors Dieffenbach, welche bis zum Ausbau einer Familiengruft in einer verschlossenen Halle auf dem Kirchhofe beigelegt steht, bis heute sich noch ganz unverändert erhalten, und dieser auffallende Umstand Veranlassung gegeben haben, daß Tag und Nacht sachverständige Personen bei dem offenen Sarge des Dahingeschiedenen wachen.

Von der Spree, 17. Nov. In Deutschland darf man sich wohl wundern, wenn man zuhört, wie die umfangreichen Werke der jetzigen französischen Geschichtsschreiber oft in kurzer Frist acht bis zehn Auflagen erleben. Nun stellt auch

noch ein Franzose die wichtigsten Stücke alles Dessen, was die berühmten neuen Historiker über Frankreich geschrieben haben, zu einem großen Lesewerk für die Nation zusammen. Träte bei uns ein Buchhändler mit einem umfassenden Unternehmen der Art hervor, so würde er wahrscheinlich Bankrott machen. Die deutschen Geschichtsschreiber sind Gelehrte, die französischen sind Staatsmänner; darum werden die Bücher der ersteren nur von den Gelehrten gelesen, die der andern vom ganzen Volke. Der Franzose faßt die Geschichte äußerlicher auf, deshalb kann ihn auch sein Historiker leichter packen; allein schon jener Aufschwung der französischen Geschichtsschreibung mag uns lehren, daß jener äußerliche National-Ehrgeiz auch seine sehr gute Seite hat.

Es ist kein Ding so mahrend und ernst, in Berlin oder Leipzig macht man sogleich eine Abgeschmacktheit daraus. Kaum ist Wendelssohn 14 Tage todt, und schon kündigt eine Leipziger Puzmacherin in der Leipziger Zeitung „Paulus-Hüte“ und „Elias-Coiffuren“ an, „zur Erinnerung an eine schöne Vergangenheit“.

Kist. (Königsb. 3.) Die wegen der Werbungen für Rußland nach Kowno geschickte preussische Gerichtskommission ist von dort ziemlich unverrichteter Sache zurückgekehrt, da die beabsichtigten Untersuchungen nur unter Zuziehung und Mitwirkung russischer Behörden erfolgen konnten, wozu erst eine ministerielle Genehmigung aus Petersburg abgewartet werden muß.

Prag, 10. Nov. (Allg. 3.) Wie ich aus verlässlicher Quelle erfahre, wird in unserm Zensurwesen, welches in seinem bisherigen Charakter rein politischer Natur war, indem es auf einem verworrenen Komplex einzelner, den Zensoren von der Zensurhofstelle gewordener, meist vager, vieldeutiger politischer Instruktionen beruhte, eine wesentliche Umgestaltung eintreten. Es wird nämlich mit nächstem Monat in Wien eine Ober-Zensurbehörde eingerichtet, welche gleichsam als zweite Instanz zwischen den einzelnen Zensoren und der Zensurhofstelle steht, und an die sich der Autor in zweifelhaften Fällen, und dort, wo er sich von seinem Zensor zu sehr, d. h. mehr als es die bestehenden Vorschriften gestatten, beschränkt glaubt, als ein in höherer Instanz entscheidendes Gericht wenden kann. Die Ober-Zensurhofstelle bleibt dann als dritte Instanz bestehen, und somit wäre das Zensurwesen in seiner äußern Organisation wie die Rechtsverwaltung gestaltet, nur daß noch die Basis — eine eigentliche Zensurgegebung fehlt. Wir sehen in dieser Veränderung weniger einen wesentlichen Gewinn, eine wirkliche Erleichterung, da ja die Zensurinstruktionen dieselben bleiben, als den guten Willen zum Fortschritt, und begrüßen dieselbe als das erste Moment der Bewegung auf einem Gebiete, wo sich das Stabilitätsprinzip bisher am unbegreiflichsten behauptete, so daß schon das geringste Zeichen des Lebens mit freudiger Aufmerksamkeit betrachtet werden darf.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 11. Nov. (Nürnb. Korr.) Signora Mariette Albani, die unlängst, mehr der Lind zum Trost, als durch ihre (übrigens wirklichen) Talente in Paris so enorme Sensation erregte, hat von der Seinesstadt einen Abscheer nach Pesth gemacht, um einer früheren Verpflichtung gemäß im hiesigen ungarischen Nationaltheater drei Vorstellungen zu geben. Bei dieser Gelegenheit wurde auf der ungarischen Nationalbühne wieder italienisch gesungen; — Das gestattete man, aber deutschen Gesang nicht. Ganz richtig bemerkte vor einigen Wochen Hector Berlioz in seinen „musikalischen Briefen“ im Feuilleton des Journal des Debats, daß auf dem ungarischen Theater in Pesth alle tobt und lebenden Sprachen erlaubt seyen, die deutsche allein ausgenommen. Ein hiesiges Blatt wollte diese Angabe befreiten, indem es als Beweis anführte, daß es den Taschenspieler Dobler und Bosco gestattet wurde, ihre Kunststücke deutsch zu erklären. Was Dobler betrifft, so ist die Sache schon lange her, — damals mag es vielleicht anders bestellt gewesen seyn; aber über Bosco können wir folgende Auskunft geben. Als Dieser vor einem Jahre nach Pesth kam, unterhandelte er Anfangs mit dem deutschen Theater, und als einer der Direktoren des ungarischen Theaters davon Kenntniß erhielt, und befürchtete, Bosco würde dem gebähten deutschen Theater eine gute Klasse machen, so suchte er ihn um jeden Preis zu gewinnen, und machte ihm glänzende Anträge, welche auch angenommen wurden. Aber, sagte der Direktor zu Bosco, können Sie ungarisch? — „Nir!“ war die Antwort. — Nun, da Sie nicht ungarisch verstehen, so wünschen wir, daß Sie Ihre Kunststücke französisch erklären mögen. — „Aber, Signore“, erwiderte Bosco, „versteht der Publikum nicht französisch, und wenn wir verstehen esplizieren, auch nicht verstehen meine Kunst.“ — Aber deutsch können wir Ihnen durchaus nicht gestatten. — „Oh Signore, sprechen sie ja nicht deutsch, sprechen sie doch französisch, bis ist italienisch, bis ist deutsch, durcheinander, — Das ist nicht deutsche, Das ist kauderwelsche Sprak!“ — Dies Argument wurde angenommen und dem schlauen Taschenspieler gestattet, sich in kauderwelscher, aber ja nicht in deutscher Sprache auszudrücken!

(Allg. 3.) Die ungarische Ständetafel beschloß am 16. November eine Kommission zu Ausarbeitung eines Pressegesetzes niederzusetzen. Alle Redner, auch die aus den konservativen Reihen, so wie die geistlichen Deputirten, sprachen sich für ein Repressivsystem, mit Aufhebung der Zensur aus.

Schweiz.

Bern. (B. Volksz.) Man vernimmt aus dem Volksmunde, mehrtheils durch heimgekehrte Soldaten selbst, daß auf freiburgischem Gebiet Raubereien, Mißhandlungen, und Raubfälle vorgekommen seyen, die wohl mehr strenge Ahndung, denn glatte Verschlingung verdienen; viele Soldaten äußern sich in diesem Sinne. Man darf nämlich nicht vergessen, daß zuerst ein Waffenstillstand und dann eine Kapitulation geschlossen worden war.

Ein Schreiben der Repräsentanten meldet dem Vorort, daß die provisorische Regierung die Austreibung der Jesuiten und aller ihnen affiliirten Orden beschlossen habe, daß die Maßregel zwar nachträglich dem Großen Rath zur Genehmigung vorgelegt, einstweilen aber sofort zur Ausführung gebracht werde.

Freiburg. An den Kirchthüren ist folgender Befehl angeschlagen:

Division Militär Nr. 1.
Maß Freiburg.
Sicherheitswache
für die Kirchen, die Ordenshäuser, die Gegenstände des Kultus, Spitäler, und für Sicherheit von Personen und Eigentum.

Befehl: Der betreffende Postenkommandant erhält anmit den strengsten Befehl, im Falle Militärs sich die mindeste Zuwiderhandlung gegen die aufgestellte Sicherheitswache erlauben sollten, solche ungenäumt arretriren und nach der Stabskanzlei abführen zu lassen, damit sie in Haft gebracht, vor eidgenössisches Kriegsgericht gestellt, und nach aller Strenge der eidgenössischen Militärstrafe bestraft werden können.
Freiburg, 15. November 1847.

Der kommandirende Oberst des Platzes:
B. A. Bunde.
Der Platzmajor:
Duplessis.

(Basl. 3.) Die traurigsten Erzeße in Kirchen und Klöstern in Freiburg, ja sogar der Raub von Kirchengefäßen, bestätigen sich aus dem Munde der unverdächtigsten Zeugen. Dagegen wird gemeldet, der Justizstab rüfte sich zu ernstem Einschreiten gegen die Schuldigen. Zwei über diese Erzeße empörte katholische Berner Bataillone, so wie das bei diesen Erzeßen am meisten kompromittirte reformirte Berner Bataillon, sind entlassen oder sollen entlassen werden.

(Zür. 3.) Am 19. ist der Belagerungszustand wieder aufgehoben worden. Ein Kaplan ist mit mehreren Wunden todt gefunden worden. Sein Bedienter ist durch einen Flintenschuß in der Achsel verwundet. Ueber die Thäter ist man noch ganz im Dunkeln.

Zürich, 16. Nov. (Allg. 3.) Es kann fast noch eine Woche vergehen, bis das eidgenössische Heer an der Luzerner Gränze kräftig zum Angriff schreitet. General Dufour will seines Erfolgs sicher seyn. Deshalb überreicht er Nichts, zeigt keine Kampfesbize, ist vorsichtig und bedachtsam, sichert sich im Feld die dreifache Ueberlegenheit der Zahl, und will lieber kühler Berechnung, als kühner und glänzender Kriegsführung den Sieg verdanken. Stände ein kederer General, ein Milliet-Constant oder Notzpleg an der Spitze des eidgenössischen Heeres, so wäre der Angriff gegen Luzern längst erfolgt, und dieser wichtige Kanton des Sonderbundes wahrscheinlich bereits überwältigt, vielleicht nicht ohne einzelne Schläppen. Jener alte Professor der Taktik, der durch seine militärischen Schriften berühmter, als durch seine Kriegsthaten geworden, geht bedachtsamer, verzichtet auf rasche Triumphe, und will seinen militärischen Ruf nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Dufour wäre mit seiner Ruhe als vertheidigender General der Sonderbundsarmee vielleicht besser an seinem Platz, und der fähige, feurige Sals-Soglio nüglicher als Anführer des eidgenössischen Heeres zu energischem Angriff.

Die Langsamkeit der militärischen Operationen hat natürlich eine bedeutende Vermehrung der Kosten zur Folge. Man schlägt die Summe, welche die Unterhaltung der jetzt aufgebotenen Mannschaft (nahe an 120,000 Mann) erfordert, auf 100,000 fl. per Tag an. Ueber die theure Zeche wird man in der Schweiz, wo man an solche Extraausgaben nicht gewöhnt ist, erst hinterher recht erschrecken, wenn Alles wieder zur Ruhe zurückgekehrt ist.

Zürich, 21. Nov. (Tägl. Bül.) Gerüchtweise erfahren wir so eben, daß gestern Nacht die Jäger und Schwyzzer vollständig ausgerüstet einen Ausfall gegen Knonau gemacht haben, wo einzig das Bataillon Brunner mit einer Kanone gelegen. Erstere seyen jedoch zurückgeschlagen, und von den Zürichern bis in das nächste zugerishe Dorf Steinhausen verfolgt worden, wo sie sich festgesetzt haben. Da jedoch aus den Häusern auf sie geschossen wurde, sey ein Haus in Brand gesteckt worden.

Aus der Schweiz, 20. Nov. Es ist nicht dem geringsten Zweifel mehr unterworfen, daß in Freiburg von einem Theil der dortigen eidgenössischen Truppen emporende Unfuge verübt worden sind; — Unfuge wie darauf berechnet, die Gefühle des katholischen Volkes daselbst aufs tiefste zu verletzen. Milliet-Constant, der Kommandant der ersten Division, die das freiburgische jetzt besetzt hält, hat deshalb unter dem 16. d. M. einen Armeebefehl erlassen, worin das Vorgefallene in den stärksten Ausdrücken gedrandmarkt, und Denjenigen mit den schwersten Strafen gedroht wird, welche den Befehlen des Oberbefehlshabers und der Offiziere nicht aufs strengste nachkommen würden. Erwähnenswerth ist, daß Milliet-Constant ausdrücklich sagt, daß nicht seine Division es gewesen, welche sich so schwerer Fehler schuldig gemacht habe. (Dieselben werden den Berner Truppen zugeschrieben.)

Es scheint, als ob Luzern noch nichts weniger als zu Unterhandlungen geneigt und immer noch entschlossen sey, es aufs äußerste kommen zu lassen; in der That ist auch nur zu leicht einzusehen, von welcher Art der Eindruck ist, welchen die neuesten beklagenswerthen Vorfälle in Freiburg auf die Gemüther in Luzern und den kleinen Kantonen ausgeübt haben.

Aus der Schweiz, 20. Nov. (Nachm.) Auf außerordentlichem offiziellem Wege vernehmen wir, daß am 17. d. M. von den Unnern ein Angriff auf die Tessiner gemacht wurde, bei welchem letztere zurückgeschlagen worden und die Urner bis zum „Großen Jollhaus“ vorgezogen sind. Es sollen nun zwei Bataillone Wäldtner Truppen eiligst über den Bernerhardin gehen, um die weichenden Tessiner zu unterstützen. Bei der lauen Stimmung für den Krieg, der in Graubünden herrscht, und der vorgezogenen Jahreszeit fragt es sich, ob die gewünschte Hilfe so bald wird geleistet werden.

Aus einer Veröffentlichung des Constitutionnel Neuchatelois geht hervor, daß Hr. Maillardoz seine Pflichten als Oberbefehlshaber der freiburgischen Truppen bis zum Augenblick der Kapitulation erfüllt, und von dieser nicht eher etwas gewußt hat, als bis dieselbe abgeschlossen war. Die völlige Unwissenheit über die Zustände des übrigen Sonderbundes, eine zu frühzeitige Zusammenberufung des Landsturmes und die daraus erwachsenden Verlegenheiten, und endlich die Ueberzeugung einer Anzahl von Kommandanten, daß man sich gegen die eidgenössische Uebermacht nicht mit Erfolg vertheidigen könne, wären nach dem Const. Neuch. die Hauptgründe gewesen, welche die Regierung zur Nachgiebigkeit bestimmt haben.

Aus der Schweiz, 21. Nov. Man ist äußerst gespannt auf Nachrichten vom Luzernischen, indem es scheint, als ob heute Nacht die eidgenössische Armee in dasselbe eingerückt und es hiebei zum Kampf gekommen sey. Reisende, die heute Morgen bei uns ankamen, versichern, eine starke Kanonade in der Richtung von Langenthal und St. Urban gehört zu haben.

Mit der Abendpost werde ich Ihnen schreiben, falls im Laufe des Tages wichtige Berichte anlangen. Ich will noch beifügen, daß der Obergeneral vorgestern mit seinen Divisionären Kriegsrath in Aarau hielt.

Aus der Schweiz, 21. Nov. (Nachm.) Es ist nun außer Zweifel gestellt, daß die tessinischen Truppen von den Unnern am 17. angegriffen und völlig in die Flucht geschlagen worden sind. Der Vorort erhielt hievon gestern offizielle Kenntniß, und heute bringt der halboffizielle Tessiner „Republicano“ Berichte, nach welchen die Tessiner am 17. in vollem Rückzug gegen Bellinzona begriffen waren. Nach dem dem Vororte gemachten Angaben wären zwischen 3- bis 4000 Mann Sonderbundsstruppen vom Gotthards-hospiz herabgestiegen und im dicksten Nebel ganz unerwartet vor Airole erschienen. Dieses plötzliche Auftreten des Feindes verursachte eine solche Bestürzung, daß die Tessiner sofort zu weichen angingen, und in ziemlicher Unordnung landabwärts zogen, ohne den nachrückenden Unnern einen merklichen Widerstand zu leisten. Wie weit diese vorgebrungen sind, weiß man noch nicht mit Gewißheit; nach heute angelangten Briefen würde Bellinzona am 18. bereits in den Händen der Sonderbundsstruppen gewesen seyn. Es ist indessen diese Nachricht noch als zweifelhaft anzusehen. Da die tessinische Regierung ihre Sitzungen für permanent, das Land in den Kriegszustand erklärt, und dringendst um Hilfe bei dem Vorort nachgehrt hat, so wird hieraus die bedenkliche Lage des Kantons nur allzu klar.

Wie man heute aus Bern erfährt, hat der Oberbefehlshaber Dufour einige Berner Bataillone aufgelöst, und verlangt, daß eines derselben, welches sich durch seine groben in Freiburg begangenen Erzeße auszeichnete, vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Es muß arg hergegangen seyn, wenn das Ergreifen solcher Maßregeln für nothwendig erachtet wird.

Spanien.

Madrid, 15. Nov. Vorgestern Abend hielten die konservativen Deputirten, welche die Majorität in den Cortes bilden, eine vorbereitende Versammlung in dem ehemaligen Dreifaltigkeitskloster. Es waren 114 Deputirte anwesend; Martinez de la Rosa präsidirte, und entwickelte in einer langen Rede den Verlauf der Dinge seit dem Rücktritt des letzten konservativen Ministeriums. Es wurde beschlossen, eine Anklage gegen das Ministerium Salamanca vor den Cortes anhängig zu machen, und zu diesem Zweck eine Kommission, bestehend aus den H. Vidal, Teijas, Rios-Rojas, Moron, Gonzalez Romero, Gonzalez Bravo, und Tesada ernannt.

Heute Mittag eröffnete die Königin in Person die Versammlung der Cortes. Die Thronrede, ein Werk des Justizministers Arzola, ist ziemlich unbedeutend.

Frankreich.

Paris, 19. Nov. Gestern hat der Aussenhof das Urtheil über die Bande Thibert gesprochen. Bierzig Angeklagte wurden für schuldig erklärt und zu verschiedenen Strafen, von 20 Jahren Zwangsarbeit bis zu 2 Jahren Gefängniß herab, verurtheilt. In der letzten Kategorie befindet sich auch ein Deutscher, der Taschenspieler Herrmann aus Preetzen, Vater von 10 Kindern. Neunzehn Angeklagte wurden freigesprochen.

Napoleons Dolmetscher in Egypten, Suleyman, ein geborner Perser, ist gestern hier gestorben.

Die von hiesigen Legitimisten eröffnete Subscription für den Sonderbund beläuft sich bis heute auf 6463 Fr. Man bemerkt auf der Liste einige Beiträge mit 1000 Fr., und eine Anzahl Studenten der Rechte und der Medizin mit 1 Fr. bis auf 50 Centimes herab.

Die französischen, spanischen, belgischen, und italienischen Jöglinge des Jesuitenpensionats zu Freiburg befinden sich in Straßburg. Zwei Jesuiten wollten sie als Aufseher dort begleiten, aber Hr. Bois-le-Comte verweigerte ihnen die Pässe, weil er nicht ermächtigt sey, auch nur vorübergehend eine Nebenanstalt des Freiburger Jesuitenkollegiums auf französischem Gebiete zuzulassen. Die Jöglinge reisten daher in Begleitung von zwei Gesandtschaftsbeigegebenen nach Straßburg, wo sie dem Bischof übergeben wurden.

Am 9. wurden in Bordeaux der Friedensrichter Lamarque und seine Brüder, wovon einer Arzt und Bürgermeister in Monpont, der andere Friedensrichter daselbst, und der Notar Simon wegen Fälschung, Wucher, Betrug, und Unterschleif in Haft genommen. Die Anzahl der einzelnen ihnen zur Last fallenden Fälle beträgt 1800. Der Arzt Lamarque vergiftete sich sogleich nach seiner Verhaftung mit Morphin; man hofft ihn jedoch noch zu retten.

Großes Aufsehen erregt hier die Einstellung der Zahlungen der Bank „Union“ in Madrid; man fürchtet, daß dieses Falliment, dessen Passiva 200 Millionen Reales (50 Mill. Fr.) betragen, noch andere Fallimente nach sich ziehen werde.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gieshe.

